

*Was der Landschaftsbetrachter im nächsten Jahrzehnt sehen wird, läßt sich schon ahnen: es wachsen nur noch ein paar besonders gut gehärtete Arten, viele sind ausgemerzt, anderen kam man nur durch schlichtes Abhacken bei. Manche kleine Biotope sind aber nicht auszurotten, und es gibt sogar einige hartnäckige Dörfer und zwei oder drei Kleinstädte, die einfach nicht geschleift werden konnten.*

Gegenwärtig dominiert das Abhacken. Der Rückgang des Bildungshaushalts ist mittlerweile notorisch. Die Wachstumsraten der Gesamtausgaben des Bundes für Bildung, Wissenschaft und Kultur sinken unaufhörlich (1975-1980 +6,9 %, 1980-1985 2,2 %, 1986-1990 0,9 %). In den sechs Jahren seit 1982 wurden den Hochschulen gerade 1,28 Mrd. DM zusätzlich zur Verfügung gestellt, der zivilen Forschung außerhalb der Hochschulen 2,8 Mrd. – für militärische Forschung dagegen knapp 4,3 Mrd. und für das Militär 32,7 Mrd. DM mehr. Die Ausgaben für BaFög sinken von 2,38 Mrd. (1980) auf 1,5 Mrd. (1988). Den Hochschulen stehen heute 2000 Hochschullehrer/innen weniger zur Verfügung als 1975, die Relation Studenten/Wissenschaftler/innen hat sich von 11,7 auf 17,8 (1985) verschlechtert.

## Abbau

Eine Wende ins Bessere wird schon gar nicht mehr versprochen, zumal jetzt der erstmals 1983 registrierte Einbruch der Studienanfängerzahlen gestoppt wurde. Es wird keinen Übergang von der „Überlast“ zur „Normallast“ geben. Statt dessen bittet man die Student/innen zur Kasse: Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation (Niedersachsen!) und kontinuierlicher Abbau der Ausbildungsförderung (die Zahl der Geförderten sank 1983/84 um 8,2 %, 1985/86 um 3,6 %). Wenn der Bildungsminister Möllemann äußert, daß „wir heute die Entwicklung eines neuen großen Konfliktpotentials an den Hochschulen“ erleben, dann zeigt sich hier eine neue Sensibilität des Ministers gegenüber seiner tumblen Vorgängerin. Möllemanns rasches Vortreiben des Projekts der Schwächung der Studentenbewegung durch finanzielles Ausbluten der Studentenverbände und Ersetzung der VDS durch ein „Bundesstudentenparlament“ zeigt, daß er weiß, wovon er spricht: die Studentenbewegung muß geknackt werden. Die Arbeitsteilung hat sich bewährt: der Staat spart und macht Politik, d. h. beseitigt das linke Gelichter. Freilich: der Staatsminister a. D. weiß nicht, daß Bewegungen auch ohne Staatsinstitutionen auskommen.

## Umbau

Während das BMW für den Abbau zuständig ist, kümmern sich die Forschungspolitiker und die Industrie um den Umbau. Seine Instrumente sind Fiskal- und Strukturpolitik. Um das Ausmaß der Veränderung zu beschreiben, die unter der konservativ-liberalen Regierung in Gang gesetzt wurde, reichen drei Angaben:

• zwischen 1982 und 1988 gehen 59 % der von der Bundesregierung zusätz-

Mittel in die Rüstungsforschung, nur 41 % in die zivile Forschung;

• zusätzlich bereitgestellt werden für die militärische Forschung knapp 4,3 Mrd., die Weltraumforschung 1,5 Mrd., in die technologische und wirtschaftsfördernde Forschung fließen 2,5 Mrd.; für sozialstaatlich orientierte Forschungen dagegen 775 Mio. DM, für ökologische Forschung 119 Mio. DM,

• im Ergebnis steht unter den Forschungsschwerpunkten des Bundes die Rüstungsforschung mit 2,7 Mrd. (Ansatz 1988) bei weitem an der Spitze.

Während die Bundesregierung für die Öffentlichkeit die Marktwirtschaftsrhetorik der Absage an die Förderung der Industrieforschung pflegt, haben Verteidigungsministerium und Wirtschaftsministerium, aber auch das Haus Riesenhuber (über die Programme der Technologie- und Weltraumforschung) die öffentliche Forschungsförderung auf die Alimentierung privater Interessenten stärker zugeschnitten, als dies die sozialliberale Koalition jemals vorhatte.

Breitflächig, sehr subkutan und vor allem: mit rabiaterem Tempo wird da die Hochschullandschaft mit Stiftungslehrstühlen, Drittmittelausschüttungen und mittlerweile schon über 100 Transfereinrichtungen übersät, welche die Gratisproduktivkraft Wissenschaft in die Welt industrieller Nützlichkeit und hoher Profitabilität einführen. Demgegenüber wirkt die einst vielfältige unternehmerische Aufschiebe provozierende Gewerkschafts-Hochschulkoooperation wahrlich zwerghaft; die einschlägigen Unternehmungen lassen sich an zwei Händen abzählen.

Geklotzt wird dort, wo die Ideologienpolitik und neue Märkte drängen. Da werden 380 Mio. für das Deutsche Historische Museum ausgeworfen und neue Einrichtungen für Altes Denken hingestellt: zum Beispiel die pompöse „Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, die nichts anderes werden soll als ein riesiger rechter Think Tank. Das massivste Projekt freilich ist die Arbeit an der nachholenden Installierung eines Weltraum-Macht-Komplexes. Hier soll ein neuer zukunftsgrößentechnologischer Leitsektor installiert werden, dessen Hauptmerkmal seine Verhaftung in einer imperialen Technologiepolitik alten Typs ist: völlige Dominanz der (großen) Industrie, Offenheit gegenüber militärischen Ansprüchen, riesiger Instrumentierungs- und Kapitalaufwand bei minimalem wissenschaftlichem Grenznutzen, keine politische Kontrolle und, natürlich, keinerlei realistisch-prognostische Technologiebewertung und -abschätzung.

Das ist vielleicht das eigentlich Frappierende: Es gibt keine technologiebewertende prognostische Unterfütterung solcher budgetpolitisch weitreichenden, womöglich die gesamte Forschungspolitik beeinträchtigenden Makroentscheidungen. Hier kommt die Tradition einer Wissenschaft zum Vorschein, deren Selbstreflexion über die Folgen des eigenen Handelns sich nur über den (bloß in Nuancen differen-

klentel realisiert.

Was freilich nicht heißt, daß interessierte Technologiebewertung keine Resultate hätte. Wo multinational operierende Unternehmen mit globalen Problemen, die sie mit beträchtlicher Hilfe der Wissenschaft hervorrufen, konfrontiert werden, wird der Einsatz der Ressource Wissenschaft zur Erfassung, Definition, Vermeidung, Verschiebung, Umdefinition, Legitimation oder Lösung dieser Probleme in ganz anderer Weise entscheidend als bisher.

Wenn die Verwissenschaftlichung der globalen Risiken ein epochaler Prozeß ist (Beck), wächst der Wissenschaft eine neue strategische Rolle zu: ohne sie ist ein Umgehen mit den Folgen ihres eigenen Tuns nicht möglich. Dies geschieht nicht nur durch ständig neue Inszenierung ihrer Autorität, sondern vor allem durch sukzessive Bereitstellung größerer Ressourcen für Technik- und Wissenschaftsbewertung und Akzeptanzforschung. Manche haben diagnostiziert, daß heute – anders als in den 60ern, wo die Modernisierung der Ordinarienuniversität Sache einer breiten, ins Kapital hineinreichenden Reformkoalition war – die Durchsetzung einer alternativen Entwicklungslogik in der Wissenschaft auf derartige Interessenkonvergenzen nicht bauen könne. Das ist falsch. Es gibt kein geschlossenes, lernunfähiges und widerspruchsfreies System der Forschungspolitik. Unter Riesenhuber, Rau oder Rüdiger sind in den letzten Jahren nicht geringe Mittel für, sagen wir, die Erforschung der Belastungen von Menschen („Sozialverträglichkeit“) und Natur („Ökologie“) bereitgestellt

und zuweilen nicht einmal voll beansprucht worden. Ansätze der Friedensforschung wurden stabilisiert und ausgebaut. Die Sache der Frau kommt, wenn auch mühsam, sogar in der Wissenschaft voran. Das Wissenschaftsabkommen mit der DDR und die an Zahl wachsenden Hochschulpartnerschaften mit Einrichtungen z. B. Nicaraguas (neuerdings auch der DDR) bedeuten das historische Ende einer Isolierungs- und Boykottpolitik aus der Zeit des kalten Krieges.

Freilich zeigt gerade das Beispiel der Ökologie, wo zwei zentrale Probleme liegen: das verfügbare knappe Forschungskapital sichert nicht den sehr großen Ressourceneinsatz, der zur Erarbeitung komplexer, zumeist sinnvoll nur noch global anzusetzender Problemlösungen notwendig wäre – was mit der strukturellen Unterschätzung dieser Probleme zu tun hat. Anders gesagt: die Neuaufteilung des nationalen Wissenschaftsbudgets muß radikal sein, eine neue Phase extensiver Forschungspolitik – nicht für die Weltraum- oder Rüstungsforschung! – ist notwendig. Anders können die erforderlichen Mindestgrößen nicht erreicht werden, die zur Abarbeitung der weltweiten Probleme der Friedenssicherung, der Umweltverschmutzung, des Ressourcenverbrauchs, des Hungers und der Armut notwendig sind. Und: solange die Anwendung wissenschaftlichen Wissens nur über den Mechanismus der privaten Kapitalverwertung funktioniert, liegen die brauchbarsten Problemlösungen – die auch (und, wegen des notwendigen Vergesellschaftungsminimums, womöglich nur!) hier erarbeitet werden, en masse brach.